

Demokratischer Zusammenhalt in der sozial-ökologischen Transformation¹



Die Forderung, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, wird von politischen Akteuren vor allem dann erhoben, wenn sie ihn durch Krisenphänomene bedroht sehen. In der Klimakrise wird das besonders deutlich. Damit Deutschland seiner Verantwortung zur Eindämmung der Klimakrise gerecht werden kann, ist eine umfassende sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft nötig. Dass diese Transformation nicht hinreichend zügig verfolgt wird, begründen Vertreter:innen unterschiedlicher politischer Lager damit, dass man den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht gefährden dürfe. Dagegen argumentiert dieser Beitrag, dass der Zusammenhalt vor allem dann gefährdet wäre, wenn die Klimakrise unvermindert voranschreitet. Nötig sind deshalb demokratiepolitische Reformprozesse, die eine konstruktive Austragung von Konflikten über die Ausgestaltung der sozial-ökologischen Transformation ermöglichen.



Andreas Oldenbourg

Die sozial-ökologische Transformation wird als abstraktes Projekt gesellschaftlich breit unterstützt. In den vergangenen Jahren konnten wir jedoch erfahren, wie groß der Widerstand gegen diese Transformation werden kann, wenn sie konkret wird. Dabei wird in der ein oder anderen Form das Argument vorgebracht, dass man mit der Transformation nicht zu schnell voranschreiten sollte, da man andernfalls den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden würde. Das zeigt sich auch am viel diskutierten Gebäudeenergiegesetz (GEG). So kommentierte etwa Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, eine Novelle des GEG im Frühjahr 2023 mit den Worten: „Die Bezahlbarkeit der Energiewende und mit ihr der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland stehen auf dem Spiel.“²

An Formulierungen wie diesen wird deutlich, wie politisiert die Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Wie sollte man damit umgehen? Meines Erachtens darf die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt jedenfalls

nicht dazu führen, mit der Transformation nunmehr besonders langsam voranzuschreiten. Eine der Herausforderungen der Klimakrise ist nämlich, dass die Zeit zu ihrer Eindämmung drängt. Damit ist nicht gemeint, „dass morgen die Welt untergeht“³. Je stärker wir die Transformation aber verzögern, desto mehr tragen wir zu ihrer Verschärfung bei (Richter/Ulrich 2024, 67–68).

Die Klimakrise ist als globale, ökologische Krise akut. Es ist deshalb nicht mehr möglich, diese Krise noch in dem Sinn zu „lösen“, dass sie keine schwerwiegenden sozialen und politischen Folgen haben wird. Der globale Temperaturanstieg lässt sich schließlich

nicht mehr zurückdrehen. Die sozialen und politischen Folgen werden sich jedoch potenzieren, je stärker die glo-

 Wenn die Eindämmung der Klimakrise nicht gelingt, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt ernsthaft gefährdet

balen Durchschnittstemperaturen steigen. Deshalb macht es einen gewaltigen Unterschied, ob die Klimakrise zumindest so eingedämmt werden kann, dass die globale Durchschnittstemperatur nicht allzu weit über 2 Grad steigt (Schaible 2023, 51–61).

¹ Ich danke den beiden Koordinator:innen dieses Themenheftes für ihre außerordentlich hilfreiche Kommentierung einer ersten Fassung des vorliegenden Textes. Profitiert habe ich zudem von Gesprächen mit Cord Schmelzle vom *Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt*. Carl Schüppel vom *Progressiven Zentrum* hat mich durch eine zielgenaue Recherche unterstützt.

² <https://www.gdw.de/pressecenter/pressemeldungen/geg-und-foerderkonzept-fuer-erneuerbares-heizen-beschlossen-praktische-und-sozial-gerechte-umsetzbarkeit-ist-fehl-anzeige/> (letzter Zugriff am 21.09.2024).

³ So Friedrich Merz in einem Interview mit dem Tagesspiegel im Frühjahr 2024: <https://www.tagesspiegel.de/politik/merz-sieht-klimaschutz-in-politik-uberbewertet-es-ist-eben-nicht-so-dass-morgen-die-welt-untergeht-9725627.html> (letzter Zugriff am 21.09.2024).